Borchener Rat stellt neuen Flächennutzungsplan auf

Windkrafturteil: Bürgermeister Reiner Allerdissen wird Berufung gegen den Spruch der Mindener Richter einlegen. 70 Bürger verfolgen von CDU und Grünen beantragte Sondersitzung im Rathaus

■ **Borchen** (my). Einstimmig hat der Borchener Gemeinderat gestern Abend nach rund anderthalbstündiger Aussprache beschlossen, die 40. Änderung zum Flächennutzungsplan in Angriff zu nehmen. Ziel ist die Aufstellung von Vorrangzonen für die Windkraftnutzung.

Damit zieht der Gemeinderat planerisch die Konsequenzen aus dem Urteil es Mindener Verwaltungsgerichtetes, das, wie berichtet, drei Änderungen des Flächennutzungsplans kassiert und damit den bestehenden Windvorrangzonen die Rechtmäßigkeit abgesprochen hatte.

Gleichzeitig kündigte Bürgermeister Reiner Allerdissen an, Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes einzulegen. „Beides ist möglich", sagte der Bürgermeister und fügte hinzu: „Es wäre fahrlässig, keinen neuen Flächennutzungsplan aufzustellen". Allerdissen geht davon aus, dass auch der Kreis Paderborn in Berufung gehen wird.

Rund 70 interessierte Bürger verfolgten die Debatte, die auf Antrag von CDU und Grünen zustande gekommen war.

Zunächst hatte Allerdissen die Auswirkungen des Windkrafturteils dargestellt. Dabei erneuerte er die Kritik am Urteil. Das Gericht habe einerseits Verfahrensfehler angemerkt, die weder von der Bezirksregierung noch vom Gericht selbst in der Vergangenheit moniert worden waren. Gleichzeitig habe es Maßstäbe an die Planaussagen angelegt, die erst 2013, also weit nach Aufstellung der Pläne, Urteilskraft erhielten. „Darin sehe ich große Probleme, überhaupt noch eine Flächennutzungsplanung seitens einer Gemeinde durchzuführen. Sie steht immer in der Gefahr, vor dem Licht zukünftiger Änderungen in der Rechtsprechung unterzugehen." Dort sieht der Bürgermeister auch einen zentralen Anknüpfungspunkt für eine Berufung.

Übernimmt Verantwortung: *Bürgermeister Reiner Allerdissen.*

Allerdissen übernahm in der Sitzung die politische Verantwortung für die Niederlage vor Gericht. Jürgen Schmidt (SPD) betonte, gegenseitige Schuldzuweisung seien müßig: „Wir tragen alle die Verantwortung". Hartmut Oster (Grüne) fehlt indes das Vertrauen in einen Sieg der Gemeinde in der nächsten Instanz.

Bis zur Verabschiedung des neuen Flächennutzungsplans werden zwei bis drei Jahre ins Land gehen. Zurzeit liegen Bauanträge für 31 Windkraftanlagen in Kirchborchen, Dörenhagen und Etteln vor. Elf dieser Anträge können noch für zwei Jahre zurückgestellt werden. Danach besteht ein Rechtsanspruch auf Genehmigung